

Antrag 114/II/2018**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Geflüchtete willkommen heißen: Keine weitere Verschärfung der Asylgesetzgebung!**

- 1
- 2 1. Wir fordern die SPD-Fraktion im Deutschen Bundes-
- 3 tag auf, das Konzept der sogenannten Ankerzentren
- 4 nicht zu unterstützen und sämtliche Bemühungen
- 5 in Richtung der Umsetzung von Ankerzentren zu
- 6 verhindern.
- 7 2. Wir fordern, dass jedem zu uns geflüchteten Men-
- 8 schen gleich welcher Bleibeperspektive, eine un-
- 9 abhängige Rechtsberatung zur Verfügung gestellt
- 10 wird, so wie im Grundgesetz vorgesehen.
- 11 3. Wir rufen zur Einhaltung einer humanen Sprache
- 12 bei den Themen Migration und Flucht auf. Dazu ge-
- 13 hört, auf die Benutzung von Begriffen wie „Über-
- 14 fremdung“ und Aussagen wie „Wir können nicht je-
- 15 den aufnehmen“, zu verzichten.
- 16 4. Wir fordern eine personelle und vor allem qua-
- 17 litative Aufstockung des BAMF durch Fachkräfte,
- 18 die sich mit den Hauptherkunftsregionen der Ge-
- 19 flüchteten auskennen. Dazu fordern wir einen ver-
- 20 stärkten Personalanteil mit Regionalwissenschaft-
- 21 ler*innen (damit gemeint sind Afrikanolog*innen,
- 22 Nahostwissenschaftler*innen und Zentralasienwis-
- 23 senschaftler*innen). Wir fordern, dass das BAMF-
- 24 Personal regelmäßig von internen und externen Re-
- 25 gionalexpert*innen über die aktuelle Lage in den
- 26 Herkunftsregionen fortgebildet wird.
- 27 5. Wir fordern eine stärkere Schulung des Personals
- 28 des BAMF zu den Themen Diversity und Interkultu-
- 29 ralität.
- 30 6. Es ist zu prüfen, ob ein Großteil der befristeten Stel-
- 31 len im BAMF nicht in unbefristete Stellen umgewan-
- 32 delt werden können. Das Ziel dieser Maßnahmen
- 33 soll zum einen die Förderung der Attraktivität des
- 34 BAMF als Arbeitsplatz sein, andererseits soll die in-
- 35 haltliche Stärkung zu einer Steigerung der Genau-
- 36 igkeit bei Entscheidungen und zur Beschleunigung
- 37 der Verfahren führen.
- 38 7. Um die Qualität der Asylverfahren und der Ent-
- 39 scheidungen nachhaltig zu verbessern, fordern wir
- 40 ein einheitliches qualifiziertes Einstellungsverfahren
- 41 für Personal im BAMF (ins. der Entscheider*in-
- 42 nen und Übersetzer*innen). Dieses soll die Kompe-
- 43 tenzen, Qualifikationen sowie Weltanschauungen
- 44 und traditionelle, kulturelle Einstellungen der Be-
- 45 werber*innen im Sinne der erforderlichen Neutra-
- 46 lität gründlich abfragen, einschätzen und bewert-
- 47 en. Um ein solches Verfahren erfolgreich umzuset-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

1. Wir fordern die SPD-Fraktion im Deutschen Bundes-
- tag auf, das Konzept der sogenannten Ankerzentren
- nicht zu unterstützen und sämtliche Bemühungen
- in Richtung der Umsetzung von Ankerzentren zu
- verhindern.
2. Wir fordern, dass jedem zu uns geflüchteten Men-
- schmen gleich welcher Bleibeperspektive, eine un-
- abhängige Rechtsberatung zur Verfügung gestellt
- wird, so wie im Grundgesetz vorgesehen.
3. Wir rufen zur Einhaltung einer humanen Sprache
- bei den Themen Migration und Flucht auf. Dazu ge-
- hört, auf die Benutzung von Begriffen wie „Über-
- fremdung“ und Aussagen wie „Wir können nicht je-
- den aufnehmen“, zu verzichten.
4. Wir fordern eine personelle und vor allem qua-
- litative Aufstockung des BAMF durch Fachkräfte,
- die sich mit den Hauptherkunftsregionen der Ge-
- flüchteten auskennen. Dazu fordern wir einen ver-
- stärkten Personalanteil mit Regionalwissenschaft-
- ler*innen (damit gemeint sind Afrikanolog*innen,
- Nahostwissenschaftler*innen und Zentralasienwis-
- senschaftler*innen). Wir fordern, dass das BAMF-
- Personal regelmäßig von internen und externen Re-
- gionalexpert*innen über die aktuelle Lage in den
- Herkunftsregionen fortgebildet wird.
5. Wir fordern eine stärkere Schulung des Personals
- des BAMF zu den Themen Diversity und Interkultu-
- ralität.
6. Es ist zu prüfen, ob ein Großteil der befristeten Stel-
- len im BAMF nicht in unbefristete Stellen umgewan-
- delt werden können. Das Ziel dieser Maßnahmen
- soll zum einen die Förderung der Attraktivität des
- BAMF als Arbeitsplatz sein, andererseits soll die in-
- haltliche Stärkung zu einer Steigerung der Genau-
- igkeit bei Entscheidungen und zur Beschleunigung
- der Verfahren führen.
7. Um die Qualität der Asylverfahren und der Ent-
- scheidungen nachhaltig zu verbessern, fordern wir
- ein einheitliches qualifiziertes Einstellungsverfah-
- ren für Personal im BAMF (ins. der Entscheider*in-
- nen und Übersetzer*innen). Dieses soll die Kompe-
- tenzen, Qualifikationen sowie Weltanschauungen
- und traditionelle, kulturelle Einstellungen der Be-
- werber*innen im Sinne der erforderlichen Neutra-
- lität gründlich abfragen, einschätzen und bewert-
- en. Um ein solches Verfahren erfolgreich umzuset-

48 zen, fordern wir die vermehrte Entfristung von Stel-
49 len. Damit sollen einerseits die Einstellungsverfahren
50 entlastet und andererseits das gefundene qua-
51 lifizierte Personal gehalten werden.

52 8. Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf,
53 kommunale Lösungen für die Unterbringung und
54 Integration von Geflüchteten zu finden. In Anleh-
55 nung an das Konzept Gesine Schwans soll ein po-
56 sitives Anreizsystem zur Aufnahme von Geflüchte-
57 ten geschaffen werden. Kommunen und Städte, die
58 Geflüchtete aufnehmen, sollen grundsätzlich durch
59 den Bundeshaushalt unterstützt werden, so dass ih-
60 nen kein Nachteil entsteht.

61 9. Es soll ein europaweiter Fonds entstehen, der Ge-
62 meinden in ganz Europa bei der Aufnahme von
63 Flüchtlingen unterstützt und diese durch Finanzie-
64 rungshilfen zusätzlich zu der Erstattung der Ausla-
65 gen unterstützt (Belohnungsmodell).

66 10. Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, der Po-
67 litik der zunehmenden Aufweichung von Asylgrün-
68 den ein Ende zu setzen und zu prüfen, inwieweit
69 weitere Gründe für Asyl aufgenommen werden kön-
70 nen (wie z.B. die Flucht durch klimatische Auswir-
71 kungen oder auch durch die aggressive Politik euro-
72 päischer Unternehmen außerhalb Europas).

73

74

75 **Begründung**

76 1. Die Rufe nach Ankerzentren und weiteren Verschär-
77 fungen des Asylrechts der CSU erinnern an die dunk-
78 le Zeit zu Beginn der Neunziger Jahre, als Asylun-
79 terkünfte brannten und Orte wie Solingen, Mölln,
80 Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen in das kol-
81 lektive Gedächtnis der wiedervereinigten Bundes-
82 republik eingingen. Die CSU spricht von einer grö-
83 ßeren Effizienz bei den Verfahren, einer Beschleunig-
84 ung der Verfahren und einer Erhöhung der Sicher-
85 heit durch die Internierung unschuldiger Geflüchte-
86 ter. Sie meint damit aber eigentlich das Versagen der
87 durch die Union geführten Ministerien. Die Internie-
88 rung von Menschen in Lagern hat in der Geschichte
89 der Menschheit noch nie dazu geführt, diese schnel-
90 ler in einen Staat und seine Prozesse zu integrier-
91 ren. Wir brauchen keine Lager und haben eine funk-
92 tionierende Gesetzgebung. Darüber hinaus fordern
93 wir die Ablehnung sämtlicher Konzepte von Anker-
94 zentren, die folgende Merkmale aufweisen: Unzu-
95 reichender Zugang zu einer unabhängigen Rechts-
96 beratung, geschlossene Lager in jeglicher Form und
97 jegliche Einschränkung von Grund- und Menschen-
98 rechten.

99 2. Die ersten Erfahrungen der in Bayern eröffneten An-
100 kerzentren zeigen uns, dass diese mit dem Grund-

len. Damit sollen einerseits die Einstellungsverfah-
ren entlastet und andererseits das gefundene qua-
lifizierte Personal gehalten werden.

8. Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf,
kommunale Lösungen für die Unterbringung und
Integration von Geflüchteten zu finden. In Anleh-
nung an das Konzept Gesine Schwans soll ein po-
sitives Anreizsystem zur Aufnahme von Geflüchte-
ten geschaffen werden. Kommunen und Städte, die
Geflüchtete aufnehmen, sollen grundsätzlich durch
den Bundeshaushalt unterstützt werden, so dass ih-
nen kein Nachteil entsteht.

9. Es soll ein europaweiter Fonds entstehen, der Ge-
meinden in ganz Europa bei der Aufnahme von
Flüchtlingen unterstützt und diese durch Finanzie-
rungshilfen zusätzlich zu der Erstattung der Ausla-
gen unterstützt (Belohnungsmodell).

10. Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, der Po-
litik der zunehmenden Aufweichung von Asylgrün-
den ein Ende zu setzen und zu prüfen, inwieweit
weitere Gründe für **Flucht** aufgenommen werden
können (wie z.B. die Flucht durch klimatische Aus-
wirkungen oder auch durch die aggressive Politik
europäischer Unternehmen außerhalb Europas).

- 101 gesetz in Konflikt stehen, da den Geflüchteten keine
102 Möglichkeit zu einer unabhängigen Rechtsberatung
103 gegeben wird. Es muss einen Zugang für nicht staat-
104 liche Organisationen, wie z.B. Vereinen geben, der
105 diesen die Beratung der Geflüchteten ermöglicht.
- 106 3. Permanent werden wir mit Begriffen wie "Asyltour-
107 ismus", "Überfremdung" oder dem Klassiker der
108 "Flüchtlingswelle" durch politische Parteien kon-
109 frontiert. Diese Begriffe gehören in das Reper-
110 toire eines rechtsextremen Framings von Einwän-
111 derungspolitik. Wir erwarten von einer sozialdemo-
112 kratischen Partei, sich nicht an diesem Vokabular zu
113 beteiligen und eigene Vorschläge auf eine humane
114 Sprache zu werfen. Wir hoffen, dass wir in Zukunft
115 eher von "Gewaltmigration" sprechen, und nicht
116 von "Wirtschaftsflüchtlingen" oder ähnlichem.
- 117 4. Dem BAMF fehlt es an inhaltlicher Stärke und an
118 Stabilität für die eigenen Mitarbeiter. Diese Pro-
119 bleme sind stark miteinander verwoben. Der wohl
120 bekannteste Fall des Versagens einzelner Mitarbei-
121 ter dürfte der Fall des Soldaten Franco A. sein. Dort
122 wurde ein Deutscher Staatsbürger als anerkannter
123 Geflüchteter aus Syrien anerkannt, ohne ein
124 Wort arabisch zu sprechen. Zahlreiche marokkani-
125 sche Geflüchtete werden als syrische Geflüchtete
126 anerkannt, obwohl die von ihnen gesprochenen ara-
127 bischen Dialekte recht wenige Ähnlichkeiten auf-
128 weisen. Bei Anhörungen werden Dolmetscher ein-
129 gesetzt, die gar nicht die Sprache des Anzuhören-
130 den sprechen. Diese Fälle zeigen vor allem das Pro-
131 blem des BAMF qualifiziertes Personal zu finden.
132 Das hat auch die Arbeitsbedingungen in den ein-
133 zeln Zweigstellen zu tun. Es werden tausende
134 Menschen mit Jahres bzw. Halbjahresverträgen ein-
135 gestellt und diese werden dann nicht verlängert,
136 sondern wieder neues Personal angeworben. Dies-
137 es Vorgehen verschlechtert auch die Qualität der
138 notwendigen Übersetzungen, da die prekär arbei-
139 tenden Übersetzer*innen in permanenter Konkur-
140 renz stehen und zu unlauteren Handlungen führen
141 können, um ihre Position zu festigen oder die Po-
142 sition von Konkurrent*innen zu sabotieren. Unserer
143 Forderung ist daher die Entfristung von Verträgen.
144 Darüber hinaus fordern wir eine Qualitätsoffensi-
145 ve durch das Einstellen qualifizierten Personals (Re-
146 gionalwissenschaftlerInnen) und Schulung des be-
147 stehenden Personals hin zu einer diversen Gesell-
148 schaft. So wird aus einer Behörde der Abschottung,
149 eine Behörde des Willkommens.
- 150 5. Die Integration von Geflüchteten wird immer auf
151 der Ebene der Kommunen und Städte stattfinden.
152 Sie sind die Orte, wo Maßnahmen durchgeführt,
153 Wohnungen gefunden und Arbeit vermittelt wird.

- 154 Die Kommunen müssen dabei unterstützt wer-
155 den und kommunale Entscheidung stärker beachtet
156 werden.
- 157 6. Betrachtet man den europäischen Kontext, dass es
158 trotz versagender Nationalstaaten viele Regionen in
159 Europa gibt, die einer Verteilung von Geflüchteten
160 zustimmen. Ein gutes Beispiel stellt die polnische
161 Stadt Szczecin (Stettin) dar. Dort wird trotz einer
162 migrationsverweigernden Zentralregierung der Ver-
163 such unternommen Geflüchtete aufzunehmen und
164 diese in die Stadtgesellschaft zu integrieren. Für die-
165 se regionalen Fälle hat Gesine Schwan vorgeschla-
166 gen, eine Finanzierung durch die Europäische Uni-
167 on zu ermöglichen, die die Städte für ihre Politik
168 "belohnt". So entsteht die Möglichkeit ein stärkeres
169 Bündnis zwischen progressiven Städten und Regio-
170 nen aufzubauen, das unabhängig von den Zentral-
171 regierungen ist und somit auch ein demokratische-
172 res Europa bedeuten würde.
- 173 7. Im Verlauf der neuen Asylpakete und auch der öf-
174 fentlichen Debatte, lässt sich feststellen, dass Asyl-
175 gründe immer mehr in Abrede gestellt werden. Man
176 muss schon eine Oppositionspartei in seinem Hei-
177 matland geführt haben, um wirkliches politisches
178 Asyl zu bekommen. Viele weitere Gründe, wie die se-
179 xuelle Orientierung oder auch religiöse Verfolgungen
180 werden immer weiter zurückgedrängt und den
181 Asylsuchenden höchstens der Status "subsidiär" zu-
182 gewiesen. Die Gewaltmigration aus klimatischen
183 Gründen wird so gut wie gar nicht beachtet, ob-
184 wohl diese in den nächsten Jahren stark ansteigen
185 wird. Auch werden die politischen Aktivitäten von
186 z.B. Gewerkschaftlern, die gegen europäische Kon-
187 zerne kämpfen nicht beachtet, obwohl die Politik ei-
188 niger Firmen vor Ort eine Vielzahl von Fluchtgrün-
189 den erzeugt. Sei es durch eine Wirtschaftspolitik, die
190 gezielt afrikanische Märkte zerstört, eine Politik die
191 Raubbau an den Ressourcen vor Ort durchführt oder
192 auch das Gebaren einzelner Chemiekonzerne, die
193 ganze Landstriche vergiften.
- 194